



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Erhalt und Entwicklung der Beratungsstellen Frauen und Beruf

Drucksache 18/156

Der Landtag wolle beschließen:

Die Beratung von Frauen rund um den beruflichen Einstieg bzw. die Rückkehr in den Beruf ist eine wichtige gleichstellungs- und arbeitsmarktpolitische Aufgabe. Gerade vor dem Hintergrund drohender Altersarmut und des prognostizierten Fachkräftebedarfs ist die Landespolitik gefordert, die positiven Ansätze und das „Know How“ der Beratungsstellen „Frau & Beruf“ zu sichern und fortzuentwickeln.

Die Landesregierung wird gebeten, zu gewährleisten, dass auch zukünftig eine effektive und effiziente arbeitsmarktpolitische Beratung von Frauen durch die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ geleistet werden kann. Um auch nach dem Ende der laufenden Förderperiode eine Finanzierung im Rahmen des ESF sicher zu stellen, sollen die Kofinanzierungsmittel ab 2014 im Rahmen des Zukunftsprogramms Arbeit fließen.

Neben einer ganzheitlichen, an der Lebenssituation der Frau orientierten Beratung muss auch die für die Integration in den ersten Arbeitsmarkt erforderliche enge Abstimmung mit entsprechenden Angeboten der Agentur für Arbeit umgesetzt werden.

Wolfgang Baasch
und Fraktion

Dr. Marret Bohn
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW